

Landespressekonferenz am 03. Februar 2022

Ausführungen Ingmar Rega,

Vorstandsvorsitzender Genossenschaftsverband – Verband der Regionen e.V.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Einladung in die Landespressekonferenz Schleswig-Holstein. Ich freue mich sehr, heute mit Ihnen, den Medienvertreterinnen und Medienvertretern im nördlichsten Bundesland, ins Gespräch zu kommen. Meinen Dank spreche ich auch im Namen der mehr als 200 Mitgliedsgenossenschaften hier in Schleswig-Holstein aus. Mit Herrn Stefan Lohmeier, Vorstand der Volksbank Raiffeisenbank eG in Itzehoe, habe ich einen Vertreter einer sehr wichtigen Mitgliedergruppe an meiner Seite, den Volksbanken und Raiffeisenbanken. Weitere bekannte Mitglieder hier im Norden sind unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Coop sowie die zahlreichen Energiegenossenschaften.

Ich werde Ihnen gleich wesentliche Ergebnisse einer sehr aktuellen repräsentativen Befragung zur Haltung der Schleswig-Holsteiner*innen zu Genossenschaften darstellen. Die Umfrage haben wir gemeinsam mit einem Tochterunternehmen des Genossenschaftsverbandes, der AWADO-Kommunikationsberatung, konzipiert. Sie basiert auf Online-Interviews mit Teilnehmer*innen des YouGov Panel Deutschland. Die Befragung wurde vom 01.01.2022 – 05.01.2022 durchgeführt. Befragt wurde eine Stichprobe von 2.521 Deutschen, bestehend aus einer bevölkerungsrepräsentativen Stichprobe und eine Stichprobenaufstockung für das Bundesland Schleswig-Holstein mit 509 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Die Ergebnisse wurden gewichtet und sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung bzw. die Bevölkerung in Schleswig-Holstein ab 18 Jahren.

Wir sind überzeugt, dass Genossenschaften ein hervorragendes und zeitgemäßes Instrument sind, um in Netzwerken von Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaften regionale Lebenswirklichkeit zu gestalten, freiwillige kommunale Leistungen zu erbringen und so die Lebensqualität sowie Standortattraktivität zu verbessern, insbesondere in ländlichen Räumen. Davon zeugen zahllose Beispiele, auch hier in Schleswig-Holstein. Die Innenministerin hat hier gerade einige vorgestellt.

Davon zeugen aber auch unsere Umfrageergebnisse. Die Menschen sind bereit, sich in Genossenschaften zu engagieren. Sie sehen in ihnen ein geeignetes Instrument, um dem wachsenden Wunsch nach Partizipation ebenso zu entsprechen wie die Versorgung mit Leistungen und Gütern auch dort zu gewährleisten, wo gewinnmaximierende Unternehmen nicht wirtschaftlich nachhaltig erfolgreich sein können.

Genossenschaften kombinieren die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Vereins mit der Effizienz von Unternehmen. So bieten sie ideale Voraussetzungen für ein selbsttragendes Bürger*innen-Engagement.

Uns sind die Stärken der genossenschaftlichen Rechtsform bewusst. Und aus Genossenschaftsgründungen wissen wir auch von ihrem positiven Image. Gleichwohl haben uns die Befragungsergebnisse in ihrer ganz weit überwiegenden Ausprägung überrascht: Die häufig in der veröffentlichten oder politischen Meinung als verstaubt wahrgenommene Unternehmensform erfreut sich einer großen Bekanntheit. Das genossenschaftliche Prinzip spricht die Menschen in Schleswig-Holstein an.

Genossenschaften haben hier einen sehr guten Ruf und viele Menschen würden sich in Genossenschaften engagieren, um ihre Lebenswirklichkeit zu gestalten.

Vor allem Befragte, die der Gruppe der gesellschaftlich Engagierten zuzuordnen sind, fühlen sich vom genossenschaftlichen Prinzip angesprochen. Als „engagiert“ gelten Menschen, die in der Umfrage „voll und ganz“ oder „eher“ der Aussage zustimmten „Ich engagiere mich gern für die Gesellschaft.“ Zu den „Engagierten“ zählen 42 Prozent der Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

Grafik zu folgenden Zahlen

65 Prozent der Menschen hierzulande können sich vorstellen, Mitglied einer Genossenschaft zu werden. 18 Prozent geben sogar an, auch eine Genossenschaft selbst zu gründen. Unter den Engagierten liegen diese Werte sogar bei 75 bzw. 28 Prozent. Welches Potenzial hier noch brach liegt, erkennt man, wenn man diese Zahlen ins Verhältnis setzt zu den 17 Prozent, die in der Befragung angegeben haben, Mitglied einer Genossenschaft zu sein. Und 71 Prozent derjenigen, die Genossenschaften zwar kennen, aber noch nicht Mitglied sind, können sich eine Mitgliedschaft vorstellen. Diese Zahlen zeigen, welche Chance die Genossenschaft als Instrument der Zivilgesellschaft bietet, um gemeinsam mit Kommunen und Unternehmen die Lebenswirklichkeit zu gestalten.

Grafik zu folgenden Zahlen

Weitere Befragungsergebnisse belegen dieses Potenzial: 73 Prozent der Schleswig-Holsteiner und Schleswig-Holsteinerinnen stimmen der Aussage „Die gesellschaftliche Entwicklung liegt in der Hand jedes einzelnen“ zu. Unter den Engagierten sind es sogar 81 Prozent. 87 Prozent glauben, dass „die Region attraktiver wird, wenn Bürger*innen sie aktiv mitgestalten, unter den Engagierten sogar 96 Prozent. Diese Zahlen zeigen: Wir haben eine große Chance, bei entsprechenden Rahmenbedingungen das Potenzial von Genossenschaften für die Partizipation der Menschen, für die Gestaltung der Lebenswirklichkeit und für wirtschaftlich nachhaltige Lösungen in weit größerem Maße zu nutzen als bisher.

Grafik zu folgenden Zahlen

Dass wir hier eine sehr positive Resonanz erwarten können und dass für eine nachhaltige Entwicklung gerade auch ländlicher Räume der konsequente Ausbau genossenschaftlicher Lösungen hervorragend geeignet ist, belegen weitere Zahlen. Schaut man sich zum Beispiel die Affinität der Menschen in Schleswig-Holstein gegenüber Genossenschaften an, ist es bemerkenswert, dass 73 Prozent in Genossenschaften Unternehmen mit Zukunftspotenzial sehen. Bei den Engagierten sind es sogar 83 Prozent. 79 Prozent sind überzeugt, dass Genossenschaften einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten – Engagierte 87 Prozent –, und 76 Prozent denken, dass Genossenschaften das Wir-Gefühl in der Region stärken – Engagierte 86 Prozent. Diese Statements wurden gestützt abgefragt.

Um das genossenschaftliche Potenzial zu heben, sehe ich die Kommunen, Unternehmen vor Ort und die Zivilgesellschaft gemeinsam in der Pflicht. „Wir brauchen Netzwerke, in denen Kommunen gemeinsam mit den Unternehmen und Bürger*innen genossenschaftliche Lösungen anstoßen, die die Lebensqualität verbessern. Gerade in Schleswig-Holstein kennen wir bereits genossenschaftliche Einkaufsmöglichkeiten, Co-Working-Lösungen, Energieerzeuger, Kindergärten etc. Und die Landesregierung betont in ihrem Koalitionsvertrag die Relevanz von Genossenschaften für das Land. Und dennoch: Wir brauchen eine Gründungs- sowie trotz aller positiven Bewertung auch eine Informationsoffensive. Der Genossenschaftsverband ist bereit, hier Mit-Verantwortung zu übernehmen.

Grafik zu folgenden Zahlen

Denn dass Handlungsbedarf besteht – vor allem bei der jüngeren Bevölkerung –, belegen ebenfalls die Umfrageergebnisse. 70 Prozent der Bevölkerung in Schleswig-Holstein monieren, dass über Genossenschaften im Allgemeinen zu wenig bekannt ist. Auch wenn es nur 21 Prozent sind, die angeben, den Begriff zu kennen, aber nicht genau zu wissen, was Genossenschaften sind, und 8 Prozent den Begriff noch nie gehört haben, sind es immer noch rund ein Drittel der Gesellschaft, die wir versuchen müssen, zu erreichen. Gerade auch, weil wir vor allem bei den Jüngeren einen höheren Informationsbedarf erkennen. In der Kohorte der 18- bis 34-Jährigen haben 17 Prozent den Begriff noch nie gehört. 29 Prozent kennen zwar den Begriff, sind sich aber unsicher, wofür Genossenschaften stehen.

Ich freue mich daher sehr, dass sich die Genossenschaftsbanken im Land entschieden haben, Neugründungen flächendeckend zu begleiten. Dazu wird gleich Herr Lohmeier mehr sagen.

Bei all diesen positiven Zahlen stellt sich doch die Frage, warum Genossenschaften in der Wahrnehmung, im Gründungsgeschehen und in der Kommunalpolitik als Lösung für Struktur- und Versorgungsdefizite nicht eine sehr viel stärkere Rolle einnehmen.

Keine Frage: Wir müssen – und da sind wir auch als Genossenschaftsverband in der Pflicht – die Genossenschaftsidee stärker vermitteln – auch mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der Politik. Blicken wir auf die Kommunalpolitik, die hier eine entscheidende Rolle einnimmt. Es sind uns aus zahlreichen Gesprächen vor allem drei Aspekte genannt worden, die die Gründung von kommunalen Genossenschaften erschweren:

Erstens ist die Rechtsform auch in den Kommunalverwaltungen unbekannt. Lieber orientiert man sich am Bekannten, sodass die Genossenschaft regelmäßig nicht als Lösungsoption in die engere Auswahl genommen wird.

Zweitens entziehen sich Genossenschaften der Kontrolle durch politische Entscheidungsträger oder Kommunalverwaltung. Unternehmerische Tätigkeit, Gewinnverwendung, neue Mitglieder, Satzungsänderungen, neue Aufgaben – über alles entscheidet die Gesamtheit der Mitglieder, nicht ein einzelner Gesellschafter – spricht die Kommune.

Drittens sind Genossenschaftsgründungen nicht Ergebnis politischer Entscheidungen, sondern Resultat eines Überzeugungs- und Moderationsprozesses zur Einbindung von Bürger*innen und Unternehmen. Leistbar ist das nur mit Hilfe starker und belastbarer Netzwerke auf kommunaler Ebene unter Einbindung von Zivilgesellschaft und Unternehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und übergebe das Wort direkt an Stefan Lohmeier.